

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

20. Juni 2022 – No. 28220

Die EU und der Fernsehkomiker in Kiew:

Wer zuletzt kommt mahlt zuerst?



Schon am 14. April 1987 beantragte die Republik Türkei, vertreten durch ihren damaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal, in aller Form die Mitgliedschaft in den „Europäischen Gemeinschaften“ (EG), wie die „Europäische Union“ (EU) sich damals noch nannte.

Als treuer Freund der Türkei habe ich deren Wunsch, Mitglied der EG bzw. EU zu werden, zwar nie verstanden, aber im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten stets unterstützt und gefördert. Allerdings habe ich immer öfter und immer deutlicher dazu gesagt: Wenn das der türkische Wunsch und Wille ist, muß ich das akzeptieren, aber einem guten Freund kann ich eigentlich nicht raten, in diese Gemeinschaft oder Union einzutreten, die Türkei solle froh sein, ihre Souveränität zu besitzen, statt sie an die Diktatur aus Brüssel zu verschenken. „Die Türkei gehört den Türken, und nicht der Europäischen Union!“

Ich frage mich, was für ein verlogener Haufen die „europäischen“ Politiker in Brüssel und in den Vasallenstaaten der EU „von Finnland bis zum Schwarzen Meer“ sind, wenn sie einerseits einen historisch gewachsenen Staat mit eigenständiger Kultur – und seit den Reformen von Mustafa Kemal Atatürk mit moderner und westlicher Ausrichtung – 35 Jahre lang hinhalten, vertrösten, belügen und betrügen, und andererseits einem „*failed state*“, der zufällig durch die Auflösung der Sowjetunion entstanden ist, und seine endgültige Form seit 1991 noch nicht gefunden hat, einen „Blitz-Beitritt“ anbieten, um danach wahrscheinlich auch noch die Kriegsschäden, Kriegsschulden, und den Wiederaufbau des ukrainischen Moloches zu bezahlen!

Meinen deutschen Landsleuten kann ich nur den guten Rat geben, aus dieser EU und aus der völkerrechts-verbrecherischen NATO, welche am 24. März 1999 die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überfallen hat, auszutreten; und meinen türkischen Freunden kann ich nur den guten Rat geben, den türkischen EU-Beitritts-Antrag vom 14. April 1987 zurückzunehmen, und ebenfalls aus der NATO auszutreten!

Deutschland und die Türkei wären gut beraten, die bisherige Politik unter der Geißel der EU, der NATO und der USA zu beenden, und mit Rußland ein robustes Bündnis für den wirtschaftlichen Wohlstand, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu schmieden!

Die EU, die NATO und die USA haben im Laufe ihrer Geschichte – insbesondere in den letzten 25 Jahren – jedes moralische Recht verloren, sich in die inneren Angelegenheiten dritter Staaten einzumischen.

* * *

ANHANG**Nato-Ost-Erweiterung
doch ein gebrochenes Versprechen**

Wer sich ein wenig mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit befasst hat, weiss, dass der künftige Umfang der Nato damals ein relevantes Thema war.

Die deutsche Wiedervereinigung war nämlich die erste Ost-Erweiterung der Nato. Und schon gegen diese Form der Expansion hatte die russische Seite massive Bedenken. *Michail Gorbatschow* etwa verlangte eigentlich ein blockfreies Deutschland. Am Ende einigte man sich in den «Zwei-plus-vier»-Verhandlungen auf einen Kompromiss: Deutschland blieb Nato-Mitglied, aber zumindest für eine gewisse Zeit sollten keine westlichen Soldaten in der ehemaligen DDR präsent sein.

Kein weiteres Vorrücken gegen Osten, war unter den westlichen Eliten damals breiter Konsens – unabhängig davon, ob eine solche Garantie klar ausgesprochen oder schriftlich fixiert wurde. Das belegt nun ein Vermerk aus dem britischen Nationalarchiv, das der amerikanische Politikwissenschaftler *Joshua Shiffrin* entdeckte. Es handelt von einem

Treffen der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991.

Das Dokument belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen darin übereinstimmten, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer «inakzeptabel» sei. Der deutsche Vertreter *Jürgen Chrobog* erklärte dabei: «Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.»

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato stark verändert: Es gibt eine neue Ausrichtung und viele neue Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zuvor dem Warschauer Pakt angehörten. Russland sieht sich durch diese Veränderungen bedroht und behauptet, die Nato-Ost-Erweiterung würde Absprachen verletzen.

Werner Ritter, Schaffhausen

Leserbrief, Quelle/URL:

„Zeit-Fragen“ Nr. 6 vom 8. März 2022, Seite 3, <https://www.zeit-fragen.ch/>

P. S.:

Das Protokoll des in dem vorstehenden Leserbrief von Werner Ritter erwähnten Treffens vom 6. März 1991 wurde von der University of California, Los Angeles (UCLA; deutsch: Universität von Kalifornien, Los Angeles) – UCLA Social Sciences Computing – im Internet für die interessierte Allgemeinheit veröffentlicht,

URL:

<http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/trachtenberg/cv/19910307.pdf>

* * *